

Pressemeldung

Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung 12. April 2011

Kein degeneriertes Dialogforum zur Fehmarnbeltquerung Allianz fordert Mitgestaltung schon im Prozess zu Gesprächsrunden

Ostholstein: Die Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung kritisiert den Prozess zum von Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager angekündigten „Dialogforum“ mit Gegnern und Befürwortern einer festen Fehmarnbeltquerung. Die Allianz bekomme von Journalisten unter der Hand Informationen über mögliche Termine und Verfahren, von der Landesregierung sei dagegen nichts zu hören. „Die verderbliche Mischung aus Intransparenz und Teilwissen noch bevor ein "Dialogforum" überhaupt angefangen hat, lässt nichts Gutes erahnen. Die Landesregierung muss aufpassen, nicht schon im Vorwege das letzte bißchen Vertrauen zu verspielen“, so Malte Siegert, Sprecher der Allianz.

Bevor man sich inhaltlichen Aspekten zuwende, sei die Klärung von Verfahrensfragen und einer Geschäftsordnung eine wesentliche Voraussetzung für die Mitarbeit der Allianz, sollen die Gespräche wie versprochen „auf Augenhöhe“ stattfinden. Erst im Anschluss könne man über Inhalte sprechen. „Ein ernst gemeintes Dialogforum darf weder Beruhigungsspillen an die Öffentlichkeit verteilen noch Pseudo-Beteiligung suggerieren. Sonst läuft es Gefahr, reiner Katalysator für die Interessen von Bundes- und Landesregierung werden“, so Siegert.

Für ein vorgegebenes Verfahren nach Gusto der Landesregierung stehe die Allianz nicht zur Verfügung.

Die Allianz empfiehlt der Landesregierung deswegen dringend, sich bei den Dänen oder in anderen Bundesländern, wie beim Flughafen Frankfurt in Hessen, über Dialogforen zu informieren. Dort wurden solche Runden offener, transparenter und vor allem früher gemeinsam mit Befürwortern und Kritikern entwickelt. „Selbstverständlich können wir keinen von der Landesregierung eingesetzten „neutralen“ Moderator akzeptieren. Wir fordern vorab eine Kommission, die beide Seiten bei der Ausgestaltung gleichberechtigt beteiligt“, erklärt Frauke Redderberg, ebenfalls Sprecherin der Allianz. Deswegen werde die Allianz vor Gesprächen die Frage der Verbindlichkeit von Absprachen oder Ergebnissen prüfen und in dieser Frage auch juristischen Rat in Anspruch nehmen. Man will vermeiden, sich instrumentalisieren zu lassen. Die Forderungen an ein Dialogforum würden nach Absprache mit den anderen Bürgerinitiativen in den kommenden Tagen sehr genau formuliert und der Landesregierung mitgeteilt. Redderberg: "Auch deswegen haben wir uns vom „Forum Flughafen&Region“ in Frankfurt bereits ausführlich beraten lassen. Dort stand zu Beginn des gesamten Prozesses übrigens eine eingehende Prüfung, ob das Vorhaben überhaupt nötig sei."